

# Wochenspiegel

Darüber diskutiert Frankreich

16.– 22. Oktober 2021

**Emmanuel Macron hat am 17. Oktober als erster französischer Staatspräsident die „unentschuldbaren“ Verbrechen anerkannt, die am 17. Oktober 1961 während einer friedlichen Demonstration von Algeriern in Paris begangen wurden.** Die Ereignisse gingen als „Massaker von Paris“ in die Geschichte ein. Die Pariser Polizei ging damals auf Anordnung der Verwaltung gegen eine nicht genehmigte Demonstration mehrerer zehntausend Algerier vor, zu der die algerische Unabhängigkeitsbewegung FLN im Rahmen des Algerienkriegs aufgerufen hatte. Schätzungen gehen davon aus, dass mindestens 200 Menschen getötet wurden.

**Die linkspopulistische Partei La France insoumise wird zur „Volksunion“ (Union populaire).** Der Parteivorsitzende Jean-Luc Mélenchon kündigte die Namensänderung der Bewegung im Rahmen des Parteikongresses am 16. Oktober an und enthüllte die ersten Ideen seiner Präsidentschaftswahlkampagne. Er beabsichtigt, einen „Volksblock“ zu bilden, der linke Kräfte gegen den „Block der Bourgeoisie“ sammelt.

**Der Präsident der souveränistischen Partei Union Populaire Républicaine (UPR), François Asselineau, wird zum zweiten Mal für das Amt des Staatspräsidenten kandidieren.** Asselineau erhielt 2017 0,92 % der Stimmen. Die UPR ist eine Kleinstpartei, die im März 2007 von dem ehemaligen Spitzenbeamten François Asselineau gegründet wurde. Die Partei fordert in erster Linie den „Frexit“ aus der EU, der Eurozone und der NATO.

**Die Verlängerung des Gesundheitspasses wurde in Nationalversammlung in erster Lesung angenommen.** Der Gesetzesentwurf erlaubt es der Regierung, die Maßnahme des Gesundheitspasses bis zum 31. Juli 2022 anzuwenden, wenn sie der Meinung ist, dass die Gefahr eines epidemischen Rückfalls besteht. Er wurde mit nur 10 Stimmen Vorsprung angenommen, bei 135 Ja-Stimmen und 125 Nein-Stimmen. Die Datenschutzbehörde CNIL kritisierte, dass Schulleitern auf Grundlage des Gesetzes, die Möglichkeit gegeben werden soll, den Impfstatus ihrer Schüler abzurufen. Der Gesetzesvorschlag geht nun vor den Senat. Senatspräsident Gérard Larcher kündigte bereits an, dass der Senat eine erneute Abstimmung über den Pass im Februar einfordern wird.

**Premierminister Jean Castex kündigt die Einführung einer „Inflationszulage“ von 100 Euro für mehr als die Hälfte der französischen Bevölkerung an.** In den 20-Uhr-Nachrichten auf TF1 stellte Jean Castex am 21. Oktober die Maßnahmen vor, die die Regierung ergreifen wird, um den Franzosen angesichts der steigenden Preise an den Tankstellen ihre Kaufkraft zurückzugeben. Die so genannte „Mittelschichtszulage“ von 100 Euro für die 38 Millionen Franzosen mit einem Nettoeinkommen von weniger als 2.000 Euro soll im Dezember automatisch z.B. durch Arbeitgeber und Arbeitsamt überwiesen und vom Staat finanziert werden.

**Nach Ansicht des französischen Rechnungshofs ist eine neue Rentenreform unausweichlich.** Der Cour des comptes warnte davor, dass das Rentensystem mindestens zehn Jahre lang defizitär bleiben wird, wenn keine Maßnahmen ergriffen werden. Obwohl das Rentensystem seit 1993 fünf große Reformen durchlaufen hat, ist es immer noch mit Finanzierungsproblemen konfrontiert, die durch die Gesundheitskrise verschärft wurden: Im Jahr 2020 erreichte das Defizit 13 Mrd. Euro. Vor einer Beitragserhöhung warnte der Rechnungshof: Frankreich verzeichnet bereits die höchsten Sozialabgaben in der EU. Eine Anhebung des Rentenalters wurde als mögliche Lösung aufgezeigt. Dieses liegt derzeit bei 62 Jahren. Staatspräsident Macron war mit seiner Rentenreform 2020 gescheitert. Es bleibt offen, inwieweit er das Reformpaket vor den Präsidentschaftswahlen erneut auf die Agenda setzen wird.



#### ELECTION WATCH

Der Parteivorsitzende der Républicains, Christian Jacob, hat am 19. Oktober die sechs Kandidaten der Partei für die Präsidentschaftswahlen 2022 zu einem gemeinsamen Austausch getroffen. Sechs Wochen vor dem Parteikongress haben die Kandidaten insbesondere die Modalitäten der Fernsehdebatten diskutiert. Christian Jacob möchte eine Spaltung seiner politischen Familie im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen vermeiden. Kommentatoren ordnen es als Erfolg ein, dass sowohl Valérie Pécresse als auch Xavier Bertrand wieder in die Partei eingetreten sind.

3	8	4	7
0	2	6	5
41	3	1	2
7	4	9	2
9	2	0	1

#### DIE ZAHL DER WOCHE

**840.000** Neueinstellungen (ohne Zeitarbeiter) wurden im September 2021 registriert. Eine solch hohe Anzahl war das letzte Mal vor 20 Jahren erreicht worden. Für das dritte Quartal 2021 verzeichnete Ursaff, die in Frankreich für Sozialabgaben zuständige Behörde, einen Anstieg der Einstellungen um 11,4 % (2,44 Millionen Neueinstellungen) im Vergleich zum Vorquartal. Während Wirtschaftsminister Bruno Le Maire am 11. Oktober vor der Nationalversammlung das Ziel der Vollbeschäftigung bis zum Herbst 2023 ankündigte, äußerte sich der Gouverneur der französischen Zentralbank am 19. Oktober auf dem Radiosender FranceInfo vorsichtiger und verwies auf die Gefahr eines Fachkräftemangels.